
KOMMENTAR

Kündigung für „Menschen für Reken“

Eine Bestrafung, sonst nichts

80 Freiwillige, so beziffern es die „Menschen für Reken“ auf ihrer Homepage, engagieren sich unter dem Dach von Caritas und Kirchengemeinde in der Flüchtlingshilfe in Reken. Sie tun das ehrenamtlich, übernehmen Integrationsarbeit und entlasten so auch die Kommune.

Diese Arbeit wird sicher auch im Rekener Rathaus gerne gesehen, Kritik am eigenen Tun allerdings nicht. Und die ist der eigentliche Grund für den Rausschmiss. Ja, in ihrem Einladungsschreiben für ein Infotreffen mit den Ratsmitgliedern waren ein, zwei Formulierungen heftig. Den Wahrheitsgehalt dieser Vorwürfe können nur diejenigen beurteilen, die bei dem Umzug An-

fang Mai dabei waren. Im Kern geht es aber nur vordergründig um die Wortwahl, zumal sich ein Kündigungsgrund daraus nicht herleiten lässt – juristisch nicht, moralisch schon gar nicht.

Es geht dem Bürgermeister ja nicht um die Verletzung des Hausrechts – die hat nachweislich nicht mal stattgefunden. Und sie rechtfertigt auch keine fristlose Kündigung. Diese ganze Angelegenheit hat vielmehr den Charakter einer Bestrafung. Denn die Botschaft, die bei den Ehrenamtlichen ankommt – und wohl auch ankommen soll –, ist die: Übst Du öffentlich Kritik an der Verwaltung, musst Du mit Konsequenzen rechnen. Und das ist der eigentliche Skandal. **Sven Kauffelt**

KOMMENTAR

Kündigung für „Menschen für Reken“

Eine Bestrafung, sonst nichts

80 Freiwillige, so beziffern es die „Menschen für Reken“ auf ihrer Homepage, engagieren sich unter dem Dach von Caritas und Kirchengemeinde in der Flüchtlingshilfe in Reken. Sie tun das ehrenamtlich, übernehmen Integrationsarbeit und entlasten so auch die Kommune. Diese Arbeit wird sicher auch im Rekener Rathaus gerne gesehen, Kritik am eigenen Tun allerdings nicht. Und die ist der eigentliche Grund für den Rausschmiss. Ja, in ihrem Einladungsschreiben für ein Infotreffen mit den Ratsmitgliedern waren ein, zwei Formulierungen heftig. Den Wahrheitsgehalt dieser Vorwürfe können nur diejenigen beurteilen, die bei dem Umzug An-

fang Mai dabei waren. Im Kern geht es aber nur vordergründig um die Wortwahl, zumal sich ein Kündigungsgrund daraus nicht herleiten lässt – juristisch nicht, moralisch schon gar nicht.

Es geht dem Bürgermeister ja nicht um die Verletzung des Hausrechts – die hat nachweislich nicht mal stattgefunden. Und sie rechtfertigt auch keine fristlose Kündigung. Diese ganze Angelegenheit hat vielmehr den Charakter einer Bestrafung. Denn die Botschaft, die bei den Ehrenamtlichen ankommt – und wohl auch ankommen soll –, ist die: Übst Du öffentlich Kritik an der Verwaltung, musst Du mit Konsequenzen rechnen. Und das ist der eigentliche Skandal. **Sven Kauffelt**
